

## **Für Schweigen der Waffen und Friedensverhandlungen**

Christinnen und Christen müssten sich mit aller Kraft, mit tatkräftigem Engagement und mit intensivem Gebet für einen gerechten Frieden in der Welt einsetzen. Sie dürften nicht hinnehmen, dass Menschen in Kriegen sterben und zur Flucht gezwungen würden. Dies machte der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche (EKD), Landesbischof Friedrich Kramer, deutlich. In diesem Ziel seien sich Christinnen und Christen in der weltweiten Ökumene einig, doch über den Weg dahin würde es Uneinigkeit geben, so Friedrich Kramer vor der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD bei ihrer Jahrestagung in Erfurt. Der EKD-Friedensbeauftragte nannte es dabei „unerträglich“, dass auch nach fast zwölf Monaten mitten in Europa immer noch ein imperialer Angriffskrieg tobe. Auch wenn er die Ausübung und die Beförderung von Gewalt für unvereinbar mit der Nachfolge Christi halte, so sehe er aber auch, dass viele Christinnen und Christen dies in Kauf nehmen würden, weil sie den Menschen in der Ukraine helfen wollten und Gewalt als ultima ratio zulässig sei. Diesem Dilemma müssten sich Christinnen und Christen stellen. Doch Landesbischof Friedrich Kramer machte deutlich: „Wir sind nicht im Krieg mit Russland. Und ich halte es für gefährlich, sich in einen Krieg hineinzureden.“ Seiner Ansicht nach müsse alles getan werden, um zu einem Schweigen der Waffen und zu Friedensverhandlungen zu kommen. Mit der Lieferung von schweren Kampfpanzern durch den Westen sieht er eine neue Eskalationsstufe mit unwägbareren Folgen erreicht. „Deutschland und die NATO werden damit klar zu relevanten Faktoren dieses Krieges, ohne allerdings konkrete Kriegsziele

bestimmt zu haben“, mahnt der EKD-Friedensbeauftragte und sieht hier die Gefahr einer unkontrollierbaren Entgrenzung des Krieges. „Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass wir als Evangelische Kirche in Deutschland diese Diskussion intern wie öffentlich führen und eine differenzierte ethische Argumentation einklagen“, fordert der Landesbischof.

## **Vermittlerrolle für Kirchen**

Der EKD-Friedensbeauftragte zeigte sich in Erfurt aber auch davon überzeugt, dass die Kirchen in diesem Krieg, ebenso in anderen Konflikten in der Welt eine Vermittlerrolle spielen könnten. „In Karlsruhe hat die weltweite Ökumene in ihrer Abschlusserklärung betont, dass Krieg nicht mit Gottes Natur und seinem Willen für die Menschheit vereinbar ist und gegen die grundlegenden christlichen und ökumenischen Prinzipien verstoße“, betonte Landesbischof Friedrich Kramer. Und er fügt hinzu: „Darum ist es richtig und wichtig, dass die Vertreterinnen und Vertreter der christlichen Kirchen in Karlsruhe die Kirchenleitungen in Russland wie auch in der Ukraine aufgefordert haben,

ihre Stimmen zu erheben, um gegen die anhaltenden Tötungen, Zerstörungen, die Vertreibung von Menschen in der Ukraine klar Stellung zu beziehen.“

Bei der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe hätten die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen die Regierungen der Welt zu größeren Investitionen in die Suche nach und die Förderung von Frieden sowie zur Stärkung von Maßnahmen zur friedlichen Konfliktbewältigung und von Versöhnungsprozessen aufgerufen. „Dies ist auch eine Aufforderung an uns. In diesem Sinne müssen wir uns dafür einsetzen, dass wegen der höheren Verteidigungsausgaben nicht weniger Geld für Armutsbekämpfung, soziale Sicherung, Gesundheit, Bildung und Klimaschutz zur Verfügung steht“, unterstrich der EKD-Friedensbeauftragte in Erfurt.

### **Neue Friedenswerkstatt**

Welche Folgen der Krieg in der Ukraine, aber auch die Konflikte in der Welt für die kirchliche Friedensethik hätten, damit werde sich die Friedenswerkstatt beschäftigen, die im vergangenen Jahr gebildet wurde und der neben Vertreterinnen und Vertretern der Konferenz für Friedensarbeit, der konfessionellen Bünde der EKD, der Synode und des Rats der EKD auch sicherheitspolitische Fachleute angehören. „Hier wird es einen umfassenden Konsultationsprozess zu aktuellen friedensethischen Fragen geben, am Ende soll ein neuer friedensethischer

Grundlagentext erarbeitet werden.“

**®Friedenssteuer**  
**Petition für Wahlmöglichkeit**

Ende Februar ist die Petition für die Wahlmöglichkeit, Steuern nur für zivile statt auch für militärische Ausgaben zu zahlen, auf der Plattform Open Petition online gegangen.

„Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung“ sagte ja Rev. Paul Oestreicher.

Das Netzwerk Friedenssteuer braucht nun 50.000 Unterschriften, damit der Petitionsausschuss des Bundestags sich mit seiner Forderung beschäftigt. Ca. 30 Friedens- und andere Gruppen haben Unterstützung zugesagt.

Zur Petition: <https://openpetition.de/!gfcxq> .

Die Jahrestagung 2023 am 24. – 26. März in der Bad Hersfelder Jugendherberge befasste sich mit dem Thema „Pazifismus in Zeiten des Krieges“.

Auf dem Nürnberger Evangelischen Kirchentag wird das Netzwerk Friedenssteuer wieder präsent sein am Stand von ChristInnen in der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner).

Kontakt: Netzwerk Friedenssteuer e.V., Raidinger Str. 9 a, 81377 München, Tel.: 089/716283, E-Mail: [info@friedenssteuer.de](mailto:info@friedenssteuer.de), [www.netzwerk-friedenssteuer.de](http://www.netzwerk-friedenssteuer.de).